

Wien, am Freitag, dem 16. März 1928

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 16. März 1928

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr die Sitzung. Zunächst werde ohne Debatte die Aufstellung einer Umkleehütte im Strandbad Gänsehäufel, bauliche Umgestaltungen in der Grossmarkthalle, die Errichtung von Quecksilberdampfgleichrichteranlagen für die städtischen Elektrizitätswerke und schliesslich eine Baulinienbestimmung in Favoriten beschlossen. Die Vorlage über die Erbauung einer Feuerwache in Neustift am Walde wird vom Bürgermeister Seitz abgesetzt. Die Sozialdemokraten Thaller, Kohl, Eisinger Dr. Furtmüller und Genossen haben folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

In den letzten Monaten haben sich in Wien eine Reihe sehr ernst zu nehmender Kriminalfälle ereignet. Die Serie dieser Verbrechen begann mit dem Mord an dem Chauffeur Hornstein. Es erfolgte dann ein verwegener Autoraub, bei dem ein Sicherheitswachorgan in der Ausübung seiner Berufspflicht lebensgefährlich verletzt wurde, ohne dass bis heute die geringste Spur von dem Täter entdeckt werden konnte. Seit Wochen treibt in Erdberg ein Einbrecher sein Unwesen, der die Bevölkerung dieses Bezirksteiles in Angst und Schrecken versetzt. Auch die Zahl der Einbrüche in den übrigen Wiener Bezirken steigt ununterbrochen. Autodiebstähle werden in Wien schon zur Gewohnheit. Die Kasseneinbrüche nehmen in einem erschreckenden Umfang zu. Die Verbrecher rechnen jetzt schon mit solcher Zuversicht darauf, nicht erwischt zu werden, dass sie immer kühner werden, wie der am helllichten Tag erfolgte Gewaltakt am Stubenring erweist. Die öffentliche Sicherheit, die in Wien bisher nicht schlechter war, als in anderen europäischen Grosstädten, wird durch diese Kriminalfälle stark gefährdet. Es wäre gewiss von Interesse, nähere Daten über den Umfang der unaufgeklärten Verbrechen des letzten Jahres zu erfahren.

Mehr noch, als die zunehmende Zahl von Verbrechen, beunruhigt die Wiener Bevölkerung das vollständige Versagen der Wiener Polizeidirektion. Kein einziges der verübten schweren Verbrechen der letzten Zeit wurde von der Polizei aufgeklärt. Dieses vollständige Versagen der Wiener Polizeidirektion bei der Aufdeckung dieser Kriminalfälle ist begründet in der systematischen Vernachlässigung des kriminalistischen Dienstes. Die leitenden Organe der Polizei scheinen nunmehr ihre Aufgabe einzig und allein darin zu erblicken, sich auf künftige Demonstrationen mit Panzerautomobilen, Maschinengewehren usw. vorzubereiten, und vergessen darüber, ihre eigentliche auf dem Gebiete der Kriminalistik gelegene Aufgabe.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Bürgermeister wolle auf Grund des Paragraph 80 der Wiener Gemeindeverfassung, wonach zu den Aufgaben der Gemeinde im selbstständigen Wirkungsbereich auch die Obsorge für die Sicherheit der Person und des Eigentums gehört, die Bundesregierung im Namen des Gemeinderates auffordern, ehestens und mit Nachdruck dafür zu sorgen, dass die Wiener Polizeidirektion, der, wenn auch nicht rechtlich, so doch derzeit tatsächlich die Sorge für diese Sicherheit obliegt, ihren Aufgaben wirksamer nachkomme.

Der Dringlichkeitsantrag wird nach der Erledigung der Tagesordnung verhandelt.

GR. Grünfeld beantragt die Genehmigung von Zuschusskrediten für den Betrieb Gemeindefriedhöfe, da mit dem bisher bewilligten Zuschusskrediten für die Erhaltung der Wege, der Anlagen, der Steinmetzwerkstätten usw. das Auslangen nicht gefunden werden konnte.

GR. Prinke (S.L.) erklärt, dass er schon wiederholt auf die schlechte Entlohnung der Bediensteten des Zentralfriedhofes hingewiesen habe. Er kritisiert insbesondere die Pauschalentlohnung für Ueberstunden die von den Angestellten geleistet wurden. Das Pauschal ist so gering, dass es überhaupt keine Bezahlung sein kann. Von 26 Angestellten haben

dann 10 zu Weihnachten eine Remuneration bekommen. Eine solche haben aber nur die Angestellten bekommen, die für die sozialdemokratische Partei gute Agitatoren sind. Die Erbitterung unter den Angestellten ist eine sehr grosse; es wäre höchste Zeit, mit dem System der Ausbeutung und Gewährung von Remunerationen zu brechen. (Beifall).

GR. Grünfeld erklärt in seinem Schlusswort, dass die pauschalierte Entlohnung für geleistete Ueberstunden viel Licht und Schatten hat. Ein Angestellter bekommt aber auch während seines Urlaubes und während einer Erkrankung das Ueberstundenpauschale.

Der Antrag wird angenommen.

St. R. Prof. Dr. Tandler ersucht um Genehmigung der Mehrarbeiten, die sich bei den Umgestaltungsarbeiten im Schlosse Wilhelminenberg ergeben haben. Diese Arbeiten kosten 76.400 Schilling. Das sind acht Prozent des ursprünglich für die Umgestaltung des Schlosses veranschlagten Betrages.

GR. Kunschak (E.L.) kritisiert die Art, wie bei der Schaffung des Kinderheimes Schloss Wilhelminenberg von den einzelnen Stellen vorgegangen wurde. Ende Mai 1927 wurde der Ankauf des Schlosses vom Gemeinderat nachträglich genehmigt und am 21. Juli beschloss der Gemeinderat die Umwandlung des Schlosses in ein Kinderheim als Ersatz für Tivoli. Zwischen den beiden Beschlüssen liegt ein Akt, der zum schärfsten Widerspruch herausfordert. Drei Tage nämlich, nach dem der Gemeinderat den Ankauf des Schlosses beschlossen hatte, bewilligte schon der Gemeinderatsausschuss V für Adaptierungszwecke 164.000 Schilling, obwohl dafür gar keine budgetmässige Bedeckung da war. Es wurden auch sofort die Arbeiten vergeben. Das ist eine Ueberschreitung der Kompetenz, die skandalös genannt werden muss.

Schon einmal hat der Ausschuss V eine solche ärgere Kompetenzüberschreitung begangen indem er eine Haftungserklärung gegenüber der Baustoffe A.G. ausgestellt hat und die Kompetenzüberschreitung ist im Zuge der Erhebungen ausdrücklich festgestellt worden. Was ist das für eine Verwaltung in der so ungeheuerliche Kompetenzüberschreitungen vorkommen. Damals habe ich schon darauf hingewiesen, dass in der Gruppe V Beamte ganz unbeschränkt wälten. Jetzt ereignet sich dasselbe. Es scheint, dass in der Gruppe V keine Ordnung werden wird, bevor nicht alles in Grund und Boden erneuert wird. Wir verlangen, der amtsführende Stadtrat möge feststellen wieso der Ausschuss V schon am 1. Juni 1927 also lange bevor der Gemeinderat einen Kredit zur Verfügung gestellt hat, die Verausgabung von 164.000 Schilling beschlossen hat, wir verlangen die Erhebung darüber, wieso es kommen konnte, dass dieser Vorfall nicht zur Kenntnis des Gemeinderates gekommen ist. Wenn man sich trotz aller Kompetenzbestimmungen an die vorgeschriebene Kompetenz nicht hält kann man einer Verfassungsänderung nur mit dem allergrössten Misstrauen und der grössten Sorge nähertreten (Lebhafte Beifall bei der E.L.)

St. R. Tandler verweist auf die Eile, mit der die Herstellungsarbeiten im Schlosse Wilhelminenberg durchgeführt werden mussten da der Tivoli geräumt und getrachtet werden musste über den Winter irgendwo unterzukommen. Die Kreditüberschreitung ist nicht bedeutungsvoll sie macht bloss 8 Prozent des angegebenen Betrages aus. Ausserdem musste während des Baues eine Reihe von Abänderungen vorgenommen werden. Uebrigens habe Stadtrat Breitner erklärt, dass er die Sache nachsehen und sie richtigstellen lassen werde.

Die Neulegung von 150 bis 100 millimeter Rohrtrüben der Hochquellenleitung in verschiedenen Strassen des XII. Bezirkes wird genehmigt, der Antrag betreffend einen Zuschusskredit zur Deckung der Mehrkosten der Auswechslung der Schiffsbögen in den Wohnhausanlagen wird wegen Erkrankung des Stadtrates Weber vom Bürgermeister Seitz von der Tagesordnung abgesetzt.

betreffend die Umgestaltungsarbeiten im Schlosse  
Wilhelminenb. <sup>ist</sup> angenommen.

GR. Suchanek berichtet über den Ankauf mehrerer Liegenschaf-  
ten in Neustift am Walde.

GR. Holeubek (E.L.) protestiert zunächst dagegen, dass eine  
so wichtige Angelegenheit wie der Ankauf von Liegenschaften durch eine  
Bürgermeisterliche Verfügung erledigt wurde. Es handelt sich hier um  
einen sumpfigen Wiesengrund. Aus einer Flugschrift der Sozialdemokraten  
ergibt sich, dass aus auf diesem Grund ein städtischen Wohnhausbau  
errichtet werden soll: Will man dass sich in Neustift derselbe Skandal  
ereignet wie in der Heiligenstädterstrasse? Eine Mietkasernen würde das  
schöne Landschaftsbild in Neustift nur verunzieren. Es gibt genug Gelände,  
wo Wohnbauten errichtet werden können. Es handelt sich hier um ein wahl-  
strategisches Manöver vor den Wehringer Bezirksratswahlen (Lebhafter  
Beifall bei der E.L.)

GR. Pfeiffer (E.L.) weist darauf hin, dass der Kaufpreis  
für diese Gründe ausserordentlich hoch sei. Ausserdem sind diese sumpfigen  
Gründe für einen Wohnhausbau nicht geeignet. Auffallend ist auch, dass die Aus-  
zahlung des Kaufschillings bereits am 30. Juni 1927 erfolgt ist, während  
der Antrag erst heute gestellt wird. Dass kommt bei keiner Verwal-  
tung sonst vor. Die Bestimmungen der Verfassung werden nur eingehalten,  
wenn es der Mehrheit passt. Dass gerade in Neustift teure Gründe auf sump-  
figen Terrain gekauft werden hat lediglich parteipolitische Gründe. Man  
will diesen Bezirksteil mit roten Wählern ausfüllen und den Neustifter  
Gewerbetreibenden unmittelbar vor der Bezirksratswahl ein Zuckerl geben.  
Schliesslich wäre auch der Name des Verkäufers Walter Kohn ein Grund,  
warum gerade diese Gründe angekauft worden sind. (Lebhafter Beifall bei  
der E.L.)

GR. Suchanek bemerkt, die in Frage kommenden Gründe liegen  
am Nordabhang der Sommerhaide, es könne sich daher nicht um sumpfiges  
Terrain handeln. Bei der Planverfassung wurde Sorge getragen, dass das  
Landschaftsbild durch aufzuführenden Bau nicht leide. Was den Kauf-  
preis betrifft so wurde er von 11 Schilling auf 7.75 Schilling herabge-  
drückt. In der Hameustrasse werden für Gründe mit einer ungünstigeren La-  
ge 9.10 Schilling bezahlt. Der Verkäufer hat sich mit dem Preisnachlass  
nur einverstanden erklärt, wenn ihm der Kaufschilling am 30. Juli ausbezahlt  
wird. Das Wahlen in Wehring stattfinden werden, konnte zur Zeit des  
Grundankaufes niemand wissen (Beifall bei der Mehrheit).

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Michal (ex. dem.) referiert über die Genehmigung eines Sach-  
kredites von einer Million Schilling, vorgesehen im Wirtschaftsplan der  
städtischen Gaswerke für das Jahr 1928 und zu <sup>bedecken</sup> aus der Abschrei-  
bungsreserve.

GR. Angermayer (E.L.) begrüsst den Antrag insofern es sich um  
die Beschaffung von Gasmessern handelt, protestiert aber dagegen, dass der  
in Frage kommende Betrag aus einer Abschreibungsreserve zu bedecken ist,  
die dem Gemeinderat nicht bekannt ist. Die Bilanz des städtischen Gaswer-  
kes über das Jahr 1926 ist bis heute noch nicht vorgelegt. Wenn schon  
nicht die Goldbilanz vorgelegt wird, müssten wenigstens die provisorischen  
Bilanzen der städtischen Unternehmungen, von denen jetzt so viel die Rede  
ist, dem Gemeinderat unterbreitet werden. Wir lassen und nicht bagatelli-  
sieren, wir müssen wissen, was die Abschreibungsreserve ist und wie  
gross sie ist. Solange wir das nicht wissen, können wir uns, obwohl  
wir gegen das Meritum des Antrags nichts einzuwenden haben, an der  
Abstimmung nicht beteiligen. (Beifall bei der E.L.)

Referent Michal bemerkt <sup>dem</sup> gegenüber, der Vorgang, dass ein  
bestimmter Betrag aus Abschreibungsreserven der städtischen Unterneh-

mungen entnommen wird, wird seit Jahrzehnten geübt. Dass ist auch vollk-  
men wirtschaftlich und es wäre vollkommen verfehlt, einen Baukredit  
in Anspruch zu nehmen, wenn eine zinsfreie Reserve zur Verfügung  
steht. Im Voranschlag für das Jahr 1928 ist für das städtische Gaswerk  
eine Abschreibungsreserve von fünf Millionen Schilling vorgesehen. Wenn  
die Rechnungsabschlüsse der städtischen Unternehmungen bisher nicht  
unterbreitet werden konnten, weil die Verhandlungen mit dem Finanzmi-  
nisterium erst von 3 Wochen abgeschlossen worden sind, so ist das nicht  
unsere Schuld (Beifall bei der Mehrheit).

Der Antrag wird genehmigt.

GR. Michal referiert über einen Sachkredit von 1,800.000  
Schilling für die Ausgestaltung der öffentlichen elektrischen Beleuch-  
tung.

GR. Hörnauer (E.L.) verlangt zu diesem Punkt, man möge  
daran gehen, die Voranzahlungen für Gas und elektrisches Licht wenige-  
stens in Raten zurückzuzahlen. Der Redner kritisiert die Strassenbe-  
leuchtung in Wien in dem er darauf hinweist, dass die Lichtstärke viel  
zu schwach ist, dass die Lampen in zu grossen Intervallen ange-  
bracht sind, so dass die Gehsteige schlecht beleuchtet sind. Von einer  
Verbesserung der Strassenbeleuchtung gegenüber der Vorkriegszeit kann  
keine Rede sein. Der Redner verlangt, dass anlässlich des Sängerbundes-  
festes die Zufahrtstrassen zur Sängerkirche entsprechend beleuchtet wer-  
den und dass man endlich auch die Statue auf der Maffienbrücke wieder  
beleuchten möge. Da sollte man den engherzigen Standpunkt endlich auf-  
geben (Beifall bei der E.L.)

GR. Michal verweist gegenüber dem Gemeinderat Hörnauer da-  
rauf dass die Strassenbeleuchtung wesentlich ausgearbeitet wurde und dass  
die Beleuchtungsstärke heute doppelt so stark ist als bei der früheren  
Gasbeleuchtung. Die Beleuchtung der Zufahrtsweg zur Sängerkirche ist  
bei den Verhandlungen Rücksicht genommen worden.

Der Antrag wird angenommen.

GR. Nachtnebel ersucht um Genehmigung eines Sachkredites von  
625.000 Schilling für die Herstellung von Gashauptrohrleitungen.

GR. Scholz (E.L.) bespricht den Gasrohrbruch am Neusserplatz,  
wo bei der Behebung des Schadens durch die Wachmannschaft der städti-  
schen Gaswerke eine Stichflamme entstand. Das ausströmende Gas hat drei-  
viertel Stunden gebrannt. Solche Zwischenfälle müssen verhindert wer-  
den und es ist erforderlich, die Bedienungsmannschaften des Gaswer-  
kes entsprechend zu instruieren. Das Rohr, das schadhaft geworden war,  
lag erst zwei Jahre. Die Rohrlegungen führt alle die Firma Grundstein  
durch. Pflicht der Gaswerke ist es, darauf zu achten, dass die Rohrlegungen  
richtig vorsich geht.

In seinem Schlusswort stellt Gemeinderat Nachtnebel fest,  
dass die Mannschaft des Gaswerkes entsprechend instruiert, ausge-  
rüstet und ausgebildet ist. Der Brand auf dem Neusserplatz entstand  
durch einen Funken, der durch das Anschlagen eines eisernen Krampens  
auf einen Stein hervorgerufen worden war. Es ist nicht richtig, dass  
die Firma Grundstein die Rohre legt. Die Firma führt lediglich nur die  
Erdarbeiten durch. Die Rohre werden von eigenen Gaswerksarbeitern oder  
von konzessionierten Installateuren gelegt und die Legung wird immer  
überprüft.

Der Antrag wird angenommen.

Gr. Riess beantragt die Subventionierung des Zentralvereines  
für unentgeltliche häusliche Pflege armer Kranker in Oesterreich "Haus-  
krankenpflege" mit 2500 Schilling und die Subventionierung des Vereines  
Distriktskrankenpflege mit 10.000 Schilling.

### D r i t t e r   B o g e n

GR. Stöger erklärt, dass der Zentralverein eine ebensolche Subvention verdient wie die Distriktskrankenpflege. Der Zentralverein kann auf einen weitgrösseren Wirkungskreis hinweisen als die Distriktskrankenpflege. 51 Schwestern des Vereines haben im Jahre 1927 gegen 2000 Menschen gepflegt, der Verein hat über 38.000 Krankendienste geleistet und fast 5000 Nachtpflegen durchgeführt. Während seine Pflegerinnen früher den halben Fahrpreis auf der Strassenbahn zahlten, wurde ihnen nun diese Begünstigung entzogen. Der Wirkungskreis des Zentralvereines wird von Jahr zu Jahr grösser. Während er im Jahre 1922 19 Ortsgruppen und 25 Pflegeschwestern hatte, hat er 1927 schon 29 Ortsgruppen und 33 Pflegeschwestern. Wenn Ihnen auch die Distriktskrankenpflege parteipolitisch nahesteht, so darf deswegen in der Subventionsfrage zwischen den beiden Vereinen kein Unterschied gemacht werden. Der Redner stellt sodann den Antrag, dem Verein Hauskrankenpflege im Laufe des heurigen Jahres noch 7500 Schilling als weitere Subvention zu geben. (Beifall).

GR. Hiess erklärt in seinem Schlusswort, dass zwischen den beiden Vereinen im Rahmen ihrer Wirksamkeit der Unterschied besteht, dass die Distriktskrankenpflege zu 99 Prozent in Wien wirkt, während die Hauskrankenpflege auch in den Bundesländern über 45 Ortsgruppen und 58 Schwestern im Jahre 1926 verfügt hat. Ueberdies gehört die Hauskrankenpflege zu den wohlhabenderen Vereinen, weil er auch mit Spenden unterstützt wird, während der Verein Distriktskrankenpflege nur auf seine Mitgliedsbeiträge angewiesen ist.

Der Referentenantrag wird angenommen, der Antrag Stöger abgelehnt.

Schliesslich wird der Antrag des Stadtrates Speiser auf Genehmigung eines Zuschusskredites für Remunerationen für den Unterricht an Freigegegenständen in der Höhe von 9200 Schilling ohne Debatte angenommen.

Die Tagesordnung ist somit erschöpft. Bürgermeister Seitz lässt nun den Dringlichkeitsantrag der Gemeinderäte Thaller und Genossen verlesen. Während der Verlesung werden auf der linken Seite des Hauses Zwischenrufe wie: "Gemeinheit", "Das ist alttestamentarischer Hass" und "was ist mit dem 15. Juli" laut.

Gemeinderat Thaller erklärt, dass der gesamte Gemeinderat mit dem Antrag eines Sinnes sei, weshalb sich eine ausführliche Begründung erübrige. (Beifall bei der Mehrheit).

In der Wiener Bevölkerung, sagt Gemeinderat Thaller, macht sich infolge des Versagens der Wiener Polizeidirektion ein stündig wachsendes Gefühl der Unsicherheit geltend.

Gemeinderat Biber (E.L.): Das ist eine Fopperei des Gemeinderates!

Auch andere Mitglieder der Minderheit rufen dem Redner zu, dass der Antrag eine Fopperei und ein Skandal sei. In dem Lärm kann sich Gemeinderat Thaller nicht verständlich machen, so dass Bürgermeister Seitz um Ruhe ersucht und dann mitteilt, dass von der Minderheit ohnedies drei Redner zu dem Antrag vorgemerkt sind, weshalb die fortwährenden Unterbrechungen unverständlich seien. Als dann etwas Ruhe eintritt, führt Gemeinderat Thaller aus: In unserer Stadt geschehen seit Monaten Verbrechen auf Verbrechen. Sie finden aber keine Aufklärung. Die Serie der Verbrechen begann mit einem Mord an einem Chauffeur, der heute noch unaufgeklärt ist, obwohl seit der Tat fast ein halbes Jahr vergangen ist. Dann begann eine ganze Serie von Autodiebstählen, in der auch ein Sicherheitswachorgan lebensgefährlich verletzt wurde. Auch da ist man dem Täter nicht einmal auf der Spur. Die Polizei findet

also nicht einmal den Attentäter auf ihre eigenen Leute. Es häufen sich auch die Einbrüche in erschreckender Weise. Eine grosse Zahl von Kassen einbrüchen sind unaufgeklärt, die früher für die Polizei eine Spielerei waren. Die Polizei hatte früher einen glänzend organisierten Apparat zur Aufdeckung von Kasseneinbrüchen. Heute sind diese Kriminalisten über ganz Wien verstreut und werden zu lächerlichen Betätigungen verwendet und so ihrer eigentlichen Aufgabe zum Schaden der Bürger entzogen. In Erdberg treibt seit Wochen ein Mensch sein Unwesen, verübt dort die waghalsigsten Einbrüche, so dass die Bevölkerung von einer förmlichen Psychose vor diesem Menschen erfasst wurde. Tausende Familien leben in Angst, die Polizei hat ein ungeheures Aufgebot von Wachorganen in die Gegend beordert, aber vom Täter keine Spur.

GR. Millik (E.L.): Der versteckt sich in den Löchern, wo die Piloten des Gemeindebaues hingehören!

GR. Thaller: Ich glaube nicht, dass Sie mit faulen Witzen über diese ernste Sache hinwegkommen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit) Der Ueberfall am Stubenring ist ein Beispiel dafür, wie die Verbrecher sich bereits sicher fühlen. Gewiss, was sich auf diesem Gebiet ereignet, ist auch in anderen Städten der Fall. Aber es gibt doch zu denken, dass in den letzten Monaten keines der grossen Verbrechen von der Polizei aufgeklärt wurde. (Beifall bei der Mehrheit).

Die Polizei veröffentlicht über ihre Arbeit ganze Romane, bis sich schliesslich herausstellt, dass sie auf einer ganz falschen Spur ist.

GR. Wawerka (E.L.): Diese Rede in der Messewoche ist eine Schande für Wien! (Beifall bei der Minderheit).

GR. Thaller: Ich weiss, dass Ihnen diese Dinge sehr unangenehm sind. Nicht das Verbrechen geschehen, soll hier besprochen werden, sondern, dass es der Polizei überhaupt nicht mehr gelingt, sie aufzuklären. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). Gestern hat man in Hernals zwei Arbeiter verhaftet, weil man entdeckt hat, dass einem ein Knopf an dem Ueberrock fehlt. Man hat den Mann mit einem Kriminalfall in Verbindung gebracht. Obwohl sich schon am Polizeikommissariat herausgestellt hat, dass es sich um einen ganz anderen Knopf handelt, wurden die beiden Arbeiter 4 Stunden zurückgehalten, dann noch auf die Rossauerlände geschleppt und erst nach 6 Stunden frei gelassen.

GR. Schneider (soz. dem.) Dass sind ausgewachsene Polizeitrottel!

GR. Kunschak (E.L.): Das ist eine Gemeinheit! Wird da kein Ordnungsruf erteilt!

GR. Angermayer (E.L.): Herr Vorsitzender!, identifizieren Sie sich mit diesem Ausdruck?

GR. Thaller: Gerade heute hat in einer Wiener Tageszeitung ein Polizeifachmann aufgezeigt, wieviel unsere Kriminalpolizei zu wünschen übrig lässt. Die Polizei kennt nichts anderes, als gegen die Bevölkerung unserer Stadt zu rüsten. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit, Lachen bei der Minderheit). Die Polizei wird mit Tank ausgerüstet, es werden Sturmabteilungen aufgestellt und das Gebäude der Polizeidirektion werden Panzergewölbe eingebaut, Polizeitrupps werden mit Stahlhelmen und Maschinengewehren ausgerüstet um bei nächster Gelegenheit gegen die Wiener vorzugehen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). Aus dem Chor der Kriminalbeamten, die einmal ausgezeichnete Verbrecherjäger gewesen sind hat man eine militärische Formation gemacht, die um neun Uhr vormittags zum Rapport antreten muss. (Lebhaftes Hört! Hörtrufe bei der Mehrheit, Lachen bei der Minderheit). Wenn ein solcher Beamter einen Verbrecher um halb 9 Uhr früh auf der Spur ist, muss er diese Arbeit sein lassen, weil er zum Rapport antreten muss. (Lebhaftes Zwischenrufe und Lachen bei der Minderheit).

V I E R T E R B O G E N

Der Dienst der Sicherheitspolizei wird vernachlässigt während die Staatspolizei gestärkt wird. Die Staatspolizei hingegen ist heute mandatsmäßig fünfmal so gross, wie die Staatspolizei im alten Oesterreich (Lebhafte Hebrt Hebrtrufe bei der Minderheit). Das zeigt, wie der Kurs in der Wiener Polizeidirektion ist und dass die Bespitzelung der Staatsbürger das Wichtigste ist. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit, Stürmischer Widerspruch bei der Minderheit). Es wäre also höchste Zeit, wenn die Wiener Polizeidirektion, die nach dem 15. Juli anscheinend alle Energien herausgibt hat, sich wieder auf ihre wirklichen Aufgaben besinnen würde. Wir bitten den Bürgermeister unseren Antrag der Verwirklichung zuzuführen, damit das Gefühl der Sicherheit bei der Wiener Bevölkerung wieder einkehre, damit sie ihr Leben und ihr Eigentum wieder in sicherer Hut wisse. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit, Anhaltender Widerspruch/und Lachen bei der Minderheit).

Bürgermeister Seitz: Die in dem Antrag erwähnten Kriminalfälle der letzten Zeit sind mir selbstverständlich aus den Zeitungen und den gewöhnlichen Polizeiberichten bekannt. Ich kann auch nicht bestreiten, dass diese Vorfälle beunruhigend wirken, vor allem deshalb, weil das Versagen der Polizei bei den Nachforschungen keineswegs auf Unfähigkeit der Kriminalbeamten zurückzuführen sein dürfte, denn diese werden so ziemlich dieselben Personen sein, wie in den früheren Jahren, als vielmehr auf ein Versagen der Organisation.

Auch der Ansicht des Antragstellers, dass die Aufmerksamkeit der leitenden Funktionäre der Polizei heute mehr der militärischen Ausrüstung und der Vorbereitung für Strassenkämpfe gilt, als der Sorge für die Sicherheit des Eigentums und des Verkehrs, kann nicht widersprochen werden. Wenn zum Beispiel Organe für die Regelung des Strassenverkehrs, die möglichst beweglich sein sollen und deren Obliegenheit nicht etwa der Kampf mit gefährlichen Verbrechern, sondern die Aufrechterhaltung der Ordnung im Verkehr der Wagen und der Passanten ist, mit Säbeln, Schiesswaffen und überdies Gummirollen ausgerüstet werden, so dass der Widerspruch zwischen der Funktion und der Ausrüstung dieser Organe geradezu lächerlich wirkt, ist ein deutlicher Beweis für das Uebermass der Vorkehrungen nach einer gewissen Richtung zum Schaden des normalen Funktionierens der Sicherheitspolizei.

Schliesslich stehe ich auch nicht an, die politische Seite der Frage zu streifen. Die Polizei kann bei ihren Erhebungen und Nachforschungen über Verbrechen der Mitwirkung der Bevölkerung nicht entbehren. Aber so sehr diese Mitwirkung bis vor kurzem eine Selbstverständlichkeit war, lässt sie derzeit alles zu wünschen übrig. Das ist eine politische Frage. In der Wiener Bevölkerung wirkt nach wie vor die Tradition von 1848 vor allem der Abscheu vor dem sogenannten politischen Naderertum. Man hat im letzten Halbjahr den folgenschweren Fehler begangen Verbaldelikte, abfällige Aeusserungen über polizeiliche Organe und dergleichen zu verfolgen. Man ist anonymen Anzeigen nachgegangen, hat Erhebungen darüber in den Häusern angestellt und nicht wenige Personen auf Grund dieser Erhebungen wegen oft unbedachter Aeusserungen vor die Gerichte geschleppt. Seit dem lehnt es die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ab, polizeilichen Recherchenten Auskünfte zu erteilen. Hoffen wir, dass es der Wiener Polizei in absehbarer Zeit gelingt, ihren Ruf als Sicherheitspolizei allmählich wieder herzustellen, parteipolitischen Agitationen gewisser höherer Funktionäre einzustellen und so einerseits durch positive Leistungen auf ihrem eigentlichen Gebiet, andererseits durch strenge Unparteilichkeit das Vertrauen der gesamten Bevölkerung Wiens zu erringen.

Dem Wunsch der Antragsteller ich möge als Bürgermeister die Bundesregierung ersuchen, diesen Vorfällen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und dafür Sorge tragen, dass die Wiener Bundespolizei ihren eigentlichen

und wichtigsten Aufgaben wirksam entsprechen, werde ich selbstverständlich rechnung tragen. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit)

GR. Kunschak (E.L.): Was hier geschieht ist eine ausserordentliche Frivolität, ein Ausdruck der Rohheit, und das dritte Motiv, dass der Bürgermeister herbeingebracht hat, ist das der diplomatischen Geschicklichkeit. Frivol ist es, was heute vom Vertreter des Antrages vorgebracht wurde, ohne dass dafür auch nur der Schatten eines Beweises erbracht worden wäre (Lebhafte Widerspruch bei der Mehrheit GR. Thaller: Hundert Beweise!). Der Bürgermeister hat in seinen Ausführungen, auf die man leidenschaftslos eingehen kann im Gegensatz zum Gemeinderat Thaller zugegeben, dass er nicht glaubt, dass geistige Unfähigkeit der Polizeigane an den Ereignissen schuld sind, deren Tatsächlichkeit ich nicht bestreite. Der Gemeinderat Thaller ist so weit gegangen, dass er gewünscht hat, den Herren bei der Polizei solle der Knopf aufgehen. (Widerspruch bei der Mehrheit, Gemeinderat Thaller: Bei der Direktion!) Es nützt Ihnen nichts, wenn Sie das auf die Direktion einschränken. Der Bürgermeister hat diese Einschränkung auch nicht gemacht, weil er weiss, dass diese Behauptung von Ihnen eine Frivolität sonder gleichen ist (Lebhafte Beifall bei der Minderheit).

Vorsitzender Weigl: Ich muss Sie bitten, persönliche Beleidigungen zu unterlassen (Stürmischer Widerspruch bei der Minderheit).

GR. Schelz (E.L.): Haben Sie nicht gehört, was da gesprochen worden ist?

GR. Angermayer (E.L.): Sie wollen unparteiisch sein?

GR. Dr. Kolassa (E.L.): Das ist die Unparteilichkeit?

GR. Kunschak: Ich stelle fest, dass ich niemanden persönlich beleidigt habe, ich habe ausführlich kritisiert und bei dieser Kritik bleibe ich.

Der Vorsitzende hat aber nicht gehört, dass Gemeinderat Schneider dem Ausdruck "Politeitrotteln" gebraucht hat.

Lärm bei der Einheitsliste. Dem Vorsitzenden wird zugerufen: Schämten Sie sich! Sie sind als Vorsitzender unmöglich!

G.R. Wögl: Ich stelle fest, dass ich ausserstande bin, jeden Zwischenruf zu hören.

G.R. Kunschak: Der Herr Bürgermeister hat sich beschwert, dass jetzt die Polizei mit sehr kriegerischen Ausrüstungen beschäftigt ist. Ich stelle hier fest, dass im Unterausschuss General Körner dem Polizeipräsidenten angeklagt hat, weil am 15. Juli die Polizei nicht genügend ausgerüstet war (Stürmischer Beifall bei der E.L.) Der Herr Bürgermeister hat auch festgestellt, dass die Schwierigkeit der Polizei auch darin besteht, dass sich die Bevölkerung von der Polizei zurückgezogen hat. Der Bürgermeister hat sich dann das Recht genommen, von seinem Parteigenossen zu sprechen (Widerspruch bei der Mehrheit) wenn das richtig ist, so heisst das, dass die Fähigkeit und dass der gute Wille der Polizei an der Sabotage der sozialdemokratischen Partei scheitert (Beifall bei der Minderheit). Ich will mich nun mit den Behauptungen des Antrages und des Antragstellers beschäftigen. Es werden in dem Antrag Behauptungen konkretisiert. So spricht der Antrag von den zunehmenden Einbrüchen, von Autodiebstählen, auch von einem Autodiebstahl, bei dem ein Polizeimann verletzt wurde.

Tatsächlich sind in ganz Wien bis zur Stunde nur 11 sogenannten Autodiebstähle vorgekommen (Lachen bei der Mehrheit und Rufe: Nur 11!) Alle 11 Autos sind zustande gebracht worden (Hört! Hört! bei der Minderheit) (Lachen bei der Mehrheit, GR. Thaller: Man hat sie gefunden! Das ist eine sehr schwere Aufgabe!) In vier Fällen ist es gelungen die sogenannten Autodiebe zu verhaften. Erst letzthin sind wieder 4 Leute verhaftet worden wegen des Autodiebstahles in der Inneren Stadt. Von den Verhafteten sind 3 Oesterreicher und 1 reichsdeutscher Hörer an der

Wiener Universität und die haben/unter Berufung auf ihre persönliche wie das in den 3 Fällen vorher war und Studentenhonore erklärt, dass es sich um keinen Diebstahl sondern um einen Studentenulk gehandelt habe. (Zwischenrufe bei der Mehrheit,

GR. Bermann: Was wäre einem Arbeiter geschehen, wenn er das gemacht hätte? Ich kann die Dinge nur so darstellen, wie sie sich faktisch ereignet haben. Veranlassen Sie einen Arbeiter dazu, dass er den Ulk macht,

dann werden wir sehen, was ihm geschieht (Zwischenrufe bei der Mehrheit)

GR. Thaller: Ein Arbeiter wird schon verhaftet, wenn ihm ein Knopf am Ueberrock fehlt! Im abgelaufenen Jahr hat es in Berlin nicht weniger als 8500 derartige Fälle gegeben, Ulks und solche Diebstähle, aber nur in vier Fällen sind die Autos zustandegebracht worden (Lebhafte

Hört!Hört! bei der E. L.) GR. Nachtnebel: Erzählen Sie uns doch nicht solche Geschichten! GR. Thaller: 8500? Das sind ja die ganzen Berliner Autos! Die Dinge sind ja kein Geheimnis, lesen Sie das im Internationalen Organ der Polizei nach! Sie führen den Fall Hornstein an, ein wirklich sehr bedauernswerter Vorfall aber hat sich dieser Fall im Wiener Polizeiregion ereignet? GR. Thaller: Aber er ist von Wien ausgegangen; GR. Rummelhardt: Wenn Sie das so genau wissen, sagen Sie wer es war! Der Fall Hornstein wird daher mit Unrecht der Wiener Polizei zugeschrieben. Dann sprechen Sie von den Kasseneinbrüchen.

Im Jahre 1927 sind in Wien 86 Kasseneinbrüche gewesen. Bei 10 ist es überhaupt nur bei dem Versuch geblieben. Verhaftet wurden 43 Personen die als Täter überwiesen worden sind und Vierfüntel der Schadenssumme ist wieder hereingebracht worden (Hört!Hört! bei der E. L.) Ein Beweis dass die Wiener Polizei doch noch zu arbeiten versteht. In anderen Städten von dem Umfange von Wien sind Kasseneinbrüche viel häufiger und selbst die immensen Münzkassensicherungen sind die Tätigkeit der Wiener Polizei auf diesem Gebiete als einen Beweis ihrer Fähigkeit und Gewissenhaftigkeit (Lebhafte Beifall bei der Minderheit) Wenn Sie von Raubfällen sprechen, die sich amhellichten Tage ereignen, so tun Sie so, als ob da in keiner anderen Grossstadt gebe. Im Jahre 1927 hat es in Wien 54 Raubfälle gegeben, von denen 14 durch polizeiliche Intervention gelöst worden sind. In Berlin hat es nach dem Bericht des Berliner Polizeipräsidenten in demselben Jahre 140 solcher Fälle gegeben, von denen 29, also nicht einmal die Hälfte gelöst worden sind.

In den 25 Raubfällen, die es in bedauerlicher Weise in Wien gegeben hat, sind alle 25 Täter festgestellt worden (Hört!Hört! bei der E. L.) Sie führen den Fall Erdberg an, ich gebe zu, dass die Erdberger Bevölkerung und die Bevölkerung darüber hinaus beunruhigt ist. Man weiss nicht, ob der Mensch ein Narr ist, er ist kein Einbrecher und kein Dieb, da er nirgends stiehlt, und es ist die Frage, was die Polizei da tun soll. Der Mann ist von der Polizei auf den Dächern verfolgt worden.

Wie kann ein Polizeibeamter nicht tun, schon mit solcher Zuversicht darauf, nicht GR. Thaller: Fangen! (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) Tag erfolgte Gewaltakt am Stubenring erweist die Öffentlichkeit

Sicherheit, die GR. Kunschak: Dafür, dass die Wachleute auf Dächer steigen und unter Gefahr ihres Lebens die Verfolgung einleiten, diese Leute im Gemeinderat noch zu beschimpfen, ist Ihnen vorbehalten geblieben (Lebhafte Beifall bei der E. L.) GR. Nachtnebel: Das ist ein Dreh!

Es gäbe ein einfaches Mittel des Mannes habhaft zu werden, in dem man die ganzen Bezirksteil zerniert und Schusswaffe anwendet. Das verschmäht die Polizei mit Recht, weil es sich um einen Verbrecher handelt, sondern um einen Narren oder um einen sonst erkrankten Menschen. Es ist klar, dass man den Mann auch finden wird, aber vielleicht sind auch gewisse Leute in Erdberg daran schuld, die ihm wenn die Polizei hinter ihm her ist, Unterschlupf geben. (Stürmischer Widerspruch und Zwischenrufe bei der

Mehrheit, GR. Thaller: Das ist eine niederträchtige Verdächtigung.) Warum aber diese Geschichte in der Aufmachung und so unter Ausserachtlassung des Ansehens der Stadt gemacht?

Bürgermeister Seitz: Mit der Stadt hat das gar nichts zu tun! Die Wiener Polizei hat mit der Stadt gar nichts zu tun! (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit)

GR. Kunschak: Der Bürgermeister und die Landesregierung sabotieren aus angeblich sozialen Gründen die Ordnung in Wien. Denn gerichtlich verurteilten Verbrecher die zur Landesverweisung aus Wien verurteilt worden sind, gibt die Wiener Landesregierung Aufenthaltsbewilligung (Stürmischer Hört!Hört! bei der E. L.) Bei der grossen Razzia im Zentralschlachthaus hat seinerzeit die Polizei die Leute nach Dutzenden verhaftet und sie sind nach Dutzenden verurteilt worden. Eine Reihe der gerichtsordnungsmässig verurteilten Diebe sind nach wie vor im Dienst.

(Lebhafte Hört!Hört! bei der Minderheit, - Andauernde Zwischenrufe bei der Mehrheit und Rufe: Was macht der Vaugoin!) Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, dass der Polizei vor ganz kurzer Zeit ein guter Griff gelungen ist. Die Polizei hat nämlich die Diebe, die man jahrelang im Hauptzollamt gesucht hat, eruiert. Die Polizei kann aber nichts dafür, dass die Hauptperson eine Persönlichkeit ist, deren Bildnis auf der Fahne des republikanischen Schutzbundes der Landtrasse prangt. Ihr Biss richtet sich gegen die Polizei, weil sie einen Schutzbündler als gemeinen Dieb eruiert hat. (Heftiger Lärm bei der Mehrheit, Beifall bei der Minderheit)

Bürgermeister Seitz: Der Stadtrat Kunschak hat in seinen Ausführungen behauptet, dass untergeordnete Organe im Dienste der Stadt Wien verwendet werden, die Vorstrafen haben. Ich kann diese Behauptung momentan nicht prüfen und behalte mir die Prüfung vor. Stadtrat Kunschak hat behauptet, dass die Wiener Landesregierung gerichtlich abgeschaffter Personen die Aufenthaltsbewilligung gewährt hat. Das ist ganz unrichtig, und wenn dem Herrn Stadtrat Kunschak ein solcher Fall bekannt sein sollte, möge er mir den Fall bekannt geben, ich werde ihn sofort untersuchen lassen. Ich weise die Behauptung des Stadtrates Kunschak als Lüge des Hauptmann entschieden zurück. (Beifall bei der Mehrheit)

GR. Kunschak: Erheben Sie mich des Vertrauens! Bürgermeister Seitz: Ich enthebe Sie vollkommen!

GR. Zimmerl (E. L.) Der Dringlichkeitsantrag und die Behandlung desselben hat bei mir ein Gefühl tiefster Beschämung ausgelöst. Der Bürgermeister hat wohl versucht, den Antrag und die Ausführungen des Antragstellers abzuschwächen. Die Wiener Messe steht gegenwärtig auf dem Höhepunkt. Fast 20.000 Fremde sind in Wien. Wir von den Fremdenverkehrscommissionen sind froh, wenn keine alarmierende Nachrichten über Wien in ausländischen Blättern gebracht werden. Der heutige Antrag aber ist geeignet, die Fremden von Wien abzuhalten. (Gr. Biber So machen Sie die Arbeiter brotlos) Was sagen Sie mit dem Antrag!

Sie sagen, dass die Organe, die für die Ordnung und Sicherheit der Stadt zu sorgen haben, ihre Pflicht nicht erfüllen. Es ist klar, dass Sie damit die Fremden abhalten, nach Wien zu kommen. Ihnen ist mit dem Antrag um nichts anderes zu tun, als der Polizei eines hinaufzublicken. Sie haben aber dabei übersehen, dass Sie der Stadt und ihrem Fremdenverkehr sehr schaden. Die ausländischen Blätter, so die italienischen, die tschechischen, ja auch schweizer Blätter werden sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen und die heutige Sitzung des Gemeinderates als Konkurrenzmanöver gegen die Stadt Wien auszunutzen. Das alles wegen Ihres infernalisches Hasses gegen die Polizei, weil ihre Organe von ihren Koalitionsrecht Gebrauch gemacht haben. Was Sie heute getan haben, ist ein Wahnwitz vom Standpunkte des Fremdenverkehrs. (Beifall bei der Minderheit)

GR. Wagner (E. L.) erklärt, dass er die Attacke gegen die Polizei für eine sehr lächerliche Sache hält. Ich muss anerkennen, dass der Bürgermeister mit Zurückhaltung auf die Ausführungen des Antragstellers reflektiert hat. Schliesslich muss doch der Bürgermeister einsehen, dass der Hass der schlechteste Ratgeber ist. Die Wiener Polizei soll sich in ganz kurzer Zeit so geändert haben. Im Falle Hornbrenner hat GR. Thaller erklärt, gibt sich die Polizei die grösste Mühe, findet aber den Täter nicht. Das kann ich nur als Lob werten. Ähnliches sagte der Antragsteller auch bei anderen Fällen. Es wird dann im Antrag von der Erregung der Erdberger Bevölkerung gesprochen. Bei der Gelegenheit will ich nur bemerken, dass in einer anderen Stadt ein grosser Teil der Bevölkerung in einer ebensolchen Weise wie bei uns in Erdberg in Aufregung versetzt wurde aber nicht von einem Menschen, sondern von einem Affen (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten). GR. Thaller hat auch in diesem Fall gesagt, dass die Polizei mit einem ungeheuren Aufgebot an der Aufklärung des Verbrechens arbeitet. Auch das ist ein Lob. Der Gipfelpunkt aber aller Beschuldigungen liegt darin, dass in dem Antrag gesagt wird, es wäre interessant, nähere Daten über den Umfang der unaufgeklärten Verbrechen des letzten Jahres zu erfahren. Es ist die grösste Unverantwortlichkeit, so in der Öffentlichkeit zu sprechen. Es ist eine Unterstellung zu behaupten, dass die Polizei nicht fähig oder nicht willens ist, ihre Pflicht zu erfüllen. Der Herr Bürgermeister wird in dem Antrag aufgefordert, sich mit der Regierung ins Einvernehmen zu setzen. Sie machen damit das Oberhaupt der Stadt Wien lächerlich. Ich muss es als eine Unterschiebung zurückweisen, dass die Polizei ihre Pflicht nicht erfüllt hat. Stürmischer Beifall bei der Minderheit). Von einer Vorbereitung zum Bürgerkrieg zu reden, ist geradezu lächerlich. Es ist einfach die Pflicht des Polizeipräsidenten und der ihm unterstehenden Organe, eine Wiederkehr solcher Vorgänge, wie sie Wien am 15. und 16. Juli erlebt hat, unmöglich zu machen. Es ist lächerlich, wenn hier erzählt wurde, dass die Kriminalbeamten, wenn sie auf der Jagd nach einem Verbrecher sind, diese Arbeit unterbrechen müssen, weil sie um 9 Uhr unbedingt zum Rapport kommen müssen. Fühlen Sie denn nicht, wie Sie sich damit als Gemeinderäte lächerlich machen? (Stürmischer Beifall bei der Minderheit).

Auch die Verkehrspolizei muss das Leben und das Eigentum der Bevölkerung schützen, weshalb sie entsprechend ausgerüstet ist. Sie spekulieren da auf die Vergesslichkeit der Bevölkerung. Sind Ihnen die Autofallen schon ganz aus dem Gedächtnis verschwunden? Ihnen handelt es sich nicht darum die kriminalistische Seite der Angelegenheit zu klären, sondern nur darum, Ihrem Hass gegen den Polizeipräsidenten sichtbaren Ausdruck zu geben (Beifall bei der Minderheit).

Wir benützen diese Gelegenheit namens des Grossteiles der Bevölkerung der Polizei unser vollstes Vertrauen zum Ausdruck zu bringen. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit).

GR. Rummelhardt (E. L.): Die sozialdemokratischen Zeitungen haben immer wieder über die allzugrosse Schärfe der Polizei am 15. Juli geschimpft. Heute wird hier ein Dringlichkeitsantrag eingebracht in dem die Polizei als zu milde hingestellt wird. Das wird natürlich die Bevölkerung lächerlich finden. Vor acht Monaten waren Sie mit der Polizei unzufrieden, weil sie Ihnen zu scharf war, und heute sind Sie unzufrieden, weil sie Ihnen zu wenig scharf ist. Das können nur Leute verstehen, die die Diplomatie der Sozialdemokratie verstehen. Sie hätten uns müssen eine Statistik vorlegen, aus der hervorgeht, dass die Kriminalfälle gestiegen sind. Blosse Worte überzeugen auch die Bevölkerung nicht.

GR. Eisinger (soz. dem.): Die 90 Toten sind in die Statistik aufgenommen worden! (Grosse Unruhe).

GR. Rummelhardt: Die sind bei einem Tumult umgekommen. Das sind Menschen, die das begangen haben, was sie heute verurteilen.

GR. Nachtkebel (soz. dem.): Es ist ein Skandal! Sie spricht ein Christlichsozialer!

GR. Rummelhardt: Die 90 Opfer, von denen Sie sprechen, nichts anderes als ein Beweis Ihrer revolutionären Verhetzung (Stürmischer Beifall bei der Minderheit).

GR. Nachtkebel: Kinder sind gemordet worden!

GR. Rummelhardt: Durch Ihre Hetze ist bereits ein Teil der Bevölkerung gegen die Polizei eingenommen. Diese Autodiebereien sind nichts anderes als böbische Dumheiten und Pflanzereien der Polizei. Sie haben auch die Verurteilung von notorischen Verbrechern des 15. Juli verhindert. Es steht Ihnen nicht gut an, in dieser Sache über Ordnung und Ruhe zu Gericht zu sitzen. Im Untersuchungsausschuss über die Vorfälle der Julitage hat niemand anderer als General Köstler erklärt, dass die Polizei nicht genügend vorbereitet sei, sie müsse Panzerwagen haben.

GR. Rausnitz (soz. dem.): Sie lügen!

GR. Rummelhardt: Lesen Sie nur das Protokoll! Natürlich ist Ihnen das heute nicht angenehm! Ihr heutiger Antrag tut uns und der Polizei nicht weh. Er wird aber Ihnen weh tun. Der Bürgermeister hat verlangt, dass die Polizei wieder unpolitisch und unparteiisch sein soll. Es ist aber hier kein einziger Fall erzählt worden, dass die Polizei parteipolitisch vorgegangen wäre. Oder glauben Sie, dass dies parteipolitisch ist, wenn jemand wegen Diebstahl verhaftet wurde, weil er ein Schutzbundführer war.

GR. Hiess (soz. dem.): Freilich, Minister und Bankdirektoren werden nicht eingesperrt, wenn sie stehlen!

GR. Rummelhardt: Dem Gemeinderat Thaller steht kein Recht zu, über die Wiener Polizei zu urteilen, weil die Fachleute nicht nur in Wien, nicht nur in Oesterreich, nicht nur in Europa sondern der ganzen Welt bei Kongressen dem Präsidenten Schober das günstigste Zeugnis ausgestellt haben. (Beifall bei der Minderheit). Durch diesen Antrag haben Sie sich selbst gerichtet, (Stürmischer Beifall bei der Minderheit).

ST. R. Speiser (soz. dem.) meint, dass dem Antrag nicht jene ernste Behandlung zuteil wurde, die er verdient. Der Antrag entspringt der sehr berechtigten Sorge um die Sicherheit eines ganzen Bezirksteiles. Ganze Familien, Frauen und Kinder sind beunruhigt, verlassen ihre Schlafstätten, weil sie sich dort nicht mehr sicher fühlen. Ich halte es deshalb für selbstverständlich, dass der Wiener Gemeinderat ein offenes Wort über diese Angelegenheit spricht und den Versuch unternimmt, hier Abhilfe zu schaffen. Tatsächlich handelt es sich um eine Häufung von nicht aufgeklärten

Deliktsfällen, was daher kommt, dass die Polizei sich mit anderen Dingen beschäftigt und die Sicherheitsmassnahmen für die Wiener Bevölkerung vernachlässigt (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten). Darüber kann man nicht mit Spässen hinwegkommen. Wenn gesagt wurde, dass nur 11 Autos gestohlen worden sind, so sind 11 gestohlene Autos gerade gehug und wenn gerühmt wurde, dass die Polizei sie aufgefangen hat, muss man fragen, ob man der Polizei etwa dafür dankbar sein soll, dass sie auf der Strasse herumgelaufene Autos findet. (Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten). Uebrigens freuen wir uns, von Herrn Kerschak die der Wiener Bevölkerung bisher verborgene Tatsache zu erfahren

dass es sich um Stürmischen Beifall gehandelt habe und dass Thaller in Erdberg bei der Polizei schon gefangen hätte (lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten). Vielleicht ist der Falschdruck ein Irrtum wenn es gut wenn die Polizei diesen Art schon gefangen hätte (lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten). Vielleicht ist der Falschdruck ein Irrtum wenn es gut wenn die Polizei diesen Art schon gefangen hätte (lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

Schluss des Gemeinderatsberichtes vom 16. März 1928

Zwischen dem Gemeinderat Thaller und dem Bürgermeister besteht in keiner Weise ein Gegensatz. Keiner von ihnen hat davon gesprochen, dass die Polizeimannschaft schlecht ist. Wir alle sind der Ansicht, dass es sich hier um Mängel und Fehler in der Organisation der Wiener Polizei handelt. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit) Wir haben nicht wie Sie sagen, einen infernalischen Hass gegen die Wachebeamten. Wir haben in schweren Zeiten, wo die Wiener Bevölkerung in einem ausserordentlich tiefgehenden Gegensatz zur Wiener Wache gekommen ist und bemüht, diesen Gegensatz auszugleichen. Diejenigen, die den Gegensatz zwischen der Wiener Bevölkerung und der Wiener Wachebeamtschaft immer wieder aufreissen, dass sind die leitenden Beamten der Polizeidirektion (Stürmische Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten) Sie behaupten, dass wir uns gegen die Polizei stellen, seitdem sie bei den letzten Wahlen von Ihrem Koalitionsrecht Gebrauch gemacht haben. Es ist sehr traurig, dass Sie das öffentlich sagen. Ein schönes Koalitionsrecht, dass damit endet, dass beim Rapport und im Dienst politische und Wahlreden gehalten werden. Wenn es sonstwas bei der Gemeinde gäbe, würden Sie einen Sturm erheben. (Lebhafter Beifall bei den Soz. dem.) General Körner hat niemals Panzerautos für die Wiener Polizei verlangt. Er hat lediglich im Untersuchungsausschuss erklärt, es wäre besser gewesen, wenn die Polizei anstatt mit Gewehren bewaffnet auszumarschieren in der genügenden Anzahl am Platz gewesen wäre. (GR. Rummelhardt: Da haben Sie das Protokoll nicht gelesen! In vielen Blättern stehen die Ratschlüsse die General Körner zur Armierung der Polizei gegeben hat. Wenn Gemeinder Rummelhardt sich zu der Behauptung verstiegen hat, dass die Verurteilung notorischer Verbrecher durch uns verhindert worden sei und er damit auf die Freisprüche der Geschworenen Bezug nimmt, so haben wir auf diese Freisprüche keinerlei Einfluss, wohl aber ist in ihnen die wahre Stimmung der Wiener Bevölkerung zum Ausdruck gekommen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Rufe bei der M.L.): Sie haben die Geschworenen beeinflusst! (GR. Doppler: Ihre Geschworenen Schulen! Es ist gesagt worden, wir sollten der Polizei dankbar sein, weil sie uns beschützt hat. Dafür, dass eine Truppe ihre Pflicht erfüllt, muss ihr kein Staatsbürger danken. Wohl aber haben unsere Leute in den Tagen des 15. Juli ein Bedrängnis geratene Wachleute geschützt und der Bürgermeister und andere von uns haben Veranstaltungen, die darauf abzielten mit ihrem Leibe gedeckt. Die Masse der Wiener Polizeimannschaft würde mit der Wiener Bevölkerung gerne in gutem Einvernehmen leben. Das hört man wenn man mit den Leuten redet, die unter einem schweren Druck seufzen. Zu Dankenkundgebungen, wie sie heute veranstaltet worden sind, ist kein Anlass. Wir würden solche Kundgebungen gern mitmachen, wenn es uns die leitenden Personen in der Regierung und bei der Polizei ermöglichen würden. Dazu wird einmal wieder Anlass sein, wenn aus der Kampfgruppe gegen das Wiener Volk wieder eine Sicherheitstruppe wird. (Lebhafter Beifall bei den soz. dem.) Zwischen der Wiener Polizeimannschaft und der ungeheuren Mehrheit der Wiener Bevölkerung darf und kann auf die Dauer kein Gegensatz bestehen. Der Gegensatz wird sich von selbst ausgleichen und der Tag wo vernünftige Verhältnisse in Wien wieder eintreten werden wird kommen. Auf diesen Tag warten wir. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

G.R. erklärt, dass der Fall Erdberg nicht als Fall Erdberg, sondern als ein Angriff auf allen Fronten gegen die Polizei behandelt wird. Speider hat sich auch nicht in die Rolle des Erdberger Anwaltes hineinfinden können und hat schliesslich die Polizei auch ganz pauschal verdächtigt. Der Wiener Gemeinderat hat das Ansehen der Stadt und der Bevölkerung zu achten. Wenn Sie aber in diesem Bewusstsein sagen, dass die Kriminalität in unserer Stadt zunimmt, so ist das eine Beleidigung der gesamten Bevölkerung. Dass Autodiebstähle vorkommen ist kein Anlass, die Polizei der Unfähigkeit zu bezichtigen. Auf Ihren Bauten wurde gestohlen und Sie mussten die Polizei rufen, die die Diebe feststellte. Im Zentralschlachthaus war es das selbe, die Polizei hat das Diebsnest ausgehoben. G.R. kommt wieder darauf zurück, dass Abgeschafften eine Aufenthaltsbewilligung von der Landesregierung erteilt wurde. Wenn mich der Bürgermeister meines Gelübnisses entbindet, werde ich ihm solche Fälle sagen.

Bürgermeister Seitz: Wenn Sie mir, wie ich schon gesagt habe, einen solchen Fall bekannt geben, werde ich ihn sofort untersuchen lassen.

GR. Kunschak: Erst in der letzten Sitzung hatten wir einen solchen Fall.

Bürgermeister Seitz: Handelte es sich um eine gerichtliche Abschaffung?

GR. Kunschak: Ich werde nach der nächsten Stadtsenatsitzung Mitteilung machen.

Bgm. Seitz: Sie haben also erklärt, dass Sie der Öffentlichkeit loyal mitteilen werden, ob ein solcher Fall vorliegt oder nicht. Einen gerichtlichen Abgeschafften aber wissen Sie mir nennen.

GR. Kunschak: Ich will nur noch feststellen, wer das Wort Schoberbanditen geprägt hat. Lesen Sie Ihre Zeitungen und Sie werden es wissen. Je der rote Falke traut sich heute schon einen Polizisten Schoberbanditen zu nennen. Sie haben auch den Anfang mit den Gewaltorganisationen gemacht. Und wenn nun Gegenformationen entstehen, so ist das die Konsequenz aus ihrer eigenen Haltung. Dafür tragen Sie die Verantwortung. Die ganze Debatte hat uns eines nicht gebracht: dass der Mann zur Ordnung gerufen wurde, der die Polizei beschimpft hat. Weder der Bürgermeister, noch der amtsführende Stadtrat hat darüber ein Wort gesprochen. Das heisst, dass Sie und Ihre Partei sich mit der rohen Beschimpfung identifizieren. (Beifall bei der Minderheit).

Der Vorsitzende Gemeinderat Weigl erklärt, dass er den Zwischenruf im amtlichen Protokoll feststellen lassen und darnach handeln werde. (Zwischenrufe bei der Minderheit: Dazu haben Sie aber sehr lange gebraucht).

Die Sitzung wird nun um 22:30 geschlossen.